

Herr Guido Déus (Ausschussvorsitzender)

Per Mail: guido.deus@landtag.nrw.de

Dienstag, 13. September 2022

1. Sitzung im Ausschuss für Heimat und Kommunales am 16.09.2022

Sehr geehrter Herr Déus,

mit großer Erwartung haben wir die Tagesordnung des Ausschusses Heimat und Kommunales gelesen, mussten aber bedauerlicherweise feststellen, dass ein Thema gar nicht aufgeführt wurde.

Vergeblich suchten wir den Tagesordnungspunkt „Vorstellung des Konzepts zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge“.

Dies muss erstaunen, weil ja bereits im März dieses Jahres seitens des Landtags eigentlich ein entsprechender Auftrag mit Fristsetzung 30.06.2022 an die Landesregierung klar formuliert worden war.

Die Bürgerinitiativen verfolgen natürlich seit diesem Tag sowohl die Änderungen der Förderrichtlinie als auch das Handeln der Landesregierung, diese Thematik betreffend. Dabei kann man durchaus auf den Gedanken kommen, dass das Interesse der neuen Landesregierung für dieses Thema nach der Landtagswahl scheinbar stark nachgelassen hat.

Die SPD und auch die FDP-Fraktion im Landtag hatten daher bereits kleine Anfragen an die Landesregierung gestellt. Die entsprechende Antwort war jedoch sehr allgemein gehalten und hat letztlich zu keiner Klärung der folgenden konkreten Fragen geführt:

1. Entfallen entsprechende Beschlüsse des Landtags nach Auffassung der Landesregierung eine Bindungswirkung für die Landesregierung?

2. Entfaltet der Beschluss des Landtags vom 24. März 2022 über den Antrag „Wir schaffen Klarheit bei den Straßenausbaubeiträgen“ (Drs. 17/16774) Bindungswirkung für die neue Landesregierung?
3. Ist nach Auffassung der Landesregierung ein erneuter Beschluss in dieser Legislaturperiode des Landtags erforderlich?
(Fragen aus der Kleinen Anfrage 99 und 427)
4. Wie viele Bürgerinnen und Bürger haben seit 2020 von den beiden Entlastungsschritten profitiert? (Bitte die Anzahl der Förderungen sowie die Höhe der Mittel pro Jahr angeben.)
5. Wann wird die Landesregierung den Beschluss des Landtags vom 24. März 2022 (Drs. 17/16774) umsetzen und das Konzept zur Abschaffung der Ausbaubeiträge vorlegen?
6. Warum hat die Landesregierung die vom Landtag gesetzte Frist (30. Juni 2022) bis zu der das Konzept zur Abschaffung der Ausbaubeiträge vorzulegen war, verstreichen lassen?
7. Wie häufig hat sich die Hausspitze des Kommunalministeriums seit der Beauftragung durch den Landtag vom 24. März 2022 mit den Kommunalen Spitzenverbänden über die Ausgestaltung der Abschaffung der Ausbaubeiträge beraten?(Bitte die konkreten Gesprächstermine sowie die Gesprächsebene [Ministerin, Staatssekretär, Arbeitsebene] angeben.)
8. Wann beabsichtigt die Landesregierung dem Landtag einen Gesetzentwurf in dieser Sache vorzulegen?
(Fragen aus der Kleinen Anfrage 289)

Mit Datum vom 25.08.2022 wurden in Ibbenbüren „Bescheide über die Festsetzung eines Straßenbaubeitrags“ an betroffene Bürgerinnen und Bürger verschickt.

Obwohl die Landesregierung bereits im März 22 ausführlich dargestellt hat, dass die Straßenbaubeiträge nicht mehr zeitgemäß sind und Eigenheimbesitzer finanziell zu stark

belastet werden, wurden weiterhin Beitragsbescheide verschickt und Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein- Westfalen mussten Straßenausbaubeiträge bezahlen.

Deshalb fragen wir Sie heute:

„Wann halten Sie Wort und besprechen im Ausschuss einen Gesetzentwurf zur gesetzlichen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Nordrhein- Westfalen“?

Mit freundlichen Grüßen

die Vertreter der Interessengemeinschaft

Diana Borawski

Christa Guardia

Susanne Linde

